

- □□ **Bürgerschaftswahl in Bremen**

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ist die SPD unter den abgegebenen Stimmen als stärkste Fraktion hervorgegangen. Die Partei wird voraussichtlich 36 bis 38 Prozent der Stimmen erhalten. Zweitstärkste Kraft werden voraussichtlich die Grünen bei um die 22 Prozent. Erst knapp dahinter bei um die 20 Prozent kommt die CDU.

Knapp über der Fünf-Prozent-Hürde sind die Linken mit fünf bis sechs Prozent. Die FDP rutscht auch in Bremen mit zwei bis drei Prozent der Stimmen in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Wahlbeteiligung liegt etwas über 50 Prozent aller Wahlberechtigten. Das amtliche Endergebnis soll aufgrund des neuen Wahlrechts frühestens erst in drei Tagen vorliegen.

-

□ □ [Selbstentmündigung durch Wahlen](#)

- □ □ [Demokratie und Wahlen](#)

- □ □ **Neue Demokratiebewegung in
Spanien und Europa**

"Democracia Real Ya" - "Echte

Demokratie - jetzt!"

[...] Die Menschen strömen zahlreich auf die Plätze, bringt Decken, Essen und Zelte mit und wollen sie einfach nicht mehr verlassen. Dass in der Nacht zum Dienstag die Polizei schon in der gewohnt brutalen Art auftrat und sowohl den "Puerta del Sol" in Madrid und den zentralen Platz in Granada von "Empörten" geräumt hat, schüchtert niemanden in der Aufbruchstimmung wirklich ein. Genutzt hat es ohnehin nichts, sie sind danach zahlreicher

zurückgekommen.

So kündigt die Bewegung für eine wirkliche Demokratie auch jetzt an, dass man passiven Widerstand bei Räumungen der etwa 60 Protestcamps leisten werde. Danach komme man eben erneut noch zahlreicher zurück. Die Ausstrahlung des Protests ist so enorm, dass inzwischen zu Protesten in fast 200 Städten aufgerufen wird. Wie erwartet, [breitet] sich die Bewegung über Europa aus. [...]

Der ganze Artikel auf [Telepolis: Krisenstab wegen Ausbreitung der Demokratiebewegung in Spanien](#)

Europaweite Proteste auf Video: [Spanish protests spread across Europe — in videos](#)

-  **Proteste in Spanien**

[...] Landesweit gingen trotz eines Demonstrationsverbotes auch in der Nacht zum Samstag rund 60.000 Menschen auf die Straße, allein in Madrid sollen es 25.000 gewesen sein. Nach Angaben der Zeitung "El País" beteiligten sich in Valencia rund 10.000 Demonstranten, in Malaga und Barcelona zwischen 6000

und 7000. [...] Es ist mehr als ein Aufbegehren der Jugend gegen die Perspektivlosigkeit in dem Land, in dem 45 Prozent der 18- bis 25-Jährigen keine Arbeit haben. Der Protest reicht viel tiefer: Die jungen Menschen haben ihr Vertrauen in die Politik verloren, in das System der etablierten Parteien. [...]

Der ganze Artikel auf [Spiegel Online: Spanier verbünden sich gegen die alte Macht](#)

- □ □

Sanktionsmoratorium

[...] Am 6. Juni verhandelt
unser Bundestag auf
Antrag der Fraktion DIE
LINKE die Abschaffung
aller Sanktionen und
Leistungseinschränkungen

.

Auch ein Antrag von
Bündniss 90/Die Grünen,
der aber nicht so
weitreichend ist und eher
eine andere
Vermittlungspraxis fordert
,steht an diesem Tag zur
Abstimmung. [...]

Der ganze Beitrag von Susanne Wiest: "Die Würde des Menschen ist unantastbar..."

- □ □ **Fauler Zauber statt Exportwunder**

[...] Die Bundesbank
finanziert den
Importüberschuss von
Griechenland, Portugal
und Co. zwangsweise
über das EZB-System.

Übersteigen die Importe
einer Volkswirtschaft
ihre Exporte, benötigt sie
Kapital aus dem
Ausland. [...]

Dass der deutsche
Export so gut läuft, hat
er in weiten Teilen der
verdeckten Finanzierung

der
Handelsbilanzdefizite
anderer
Volkswirtschaften durch
die Bundesbank zu
verdanken. Die Risiken
daraus trägt der
Steuerzahler, der über
den Bund letztlich haften
muss, wenn die
Bundesbank
Abschreibungen

vornehmen müsste.

Der ganze Artikel auf finanzwirtschaftler.de: [Wird der Boom durch die Bundesbank finanziert?](http://finanzwirtschaftler.de)

- **Aufhebung
der
Gerichtsgebühren-B
efreiung für
Sozialbehörden
gefordert**

Ebenso wie die
Berliner
Sozialgerichtspräsi-
den-
tin Sabine Schudoma
kritisiert auch die
Hartz4-Plattform
politische
Überlegungen, nach
denen nicht die
Verwaltungen, als die
eigentlichen

Verursacher der Hartz IV-Klageflut, sondern vielmehr die Opfer, also die Hartz IV-Empfänger, mit Gerichtsgebühren belastet und ihnen damit faktisch der Zugang zu den Gerichten versperrt werden sollte.

Noch bis Juli 2006
mussten die
Jobcenter genauso
wie andere
Sozialbehörden –
beispielsweise
Rentenversicherung
oder Krankenkassen

– für jedes
Sozialgerichtsverfahr
en, an dem sie
beteiligt waren, eine
pauschale
Gerichtsgebühr
entrichten. In der
Verantwortung von
Arbeitsminister
Scholz wurde durch

die große Koalition ab
August eine
Kostenbefreiung für
die Hartz
IV-Behörden
eingeführt. Vermutlich
sah man schon
damals die Klageflut
und damit enorme
Kosten infolge des

Hartz IV-Gesetzes auf sich zukommen.

Für die
Hartz4-Plattform steht
außer Zweifel, dass
durch diese
Kostenbefreiung die

Prozessflut erst
richtig an Fahrt
gewann. Jährlich
zunehmende
Klagesteigerungen
bestätigen das
ebenso wie die
Erfolgsquote für die
klagenden
Betroffenen von

mindestens 50% in
der ersten Instanz. „In
der zweiten Instanz
vor den
Landessozialgerichte
n dürfte nach unserer
Einschätzung die
Quote noch deutlich
höher liegen,“ so Hart
z4-Plattform-Sprech

erin Brigitte
Vallenthin.

Angesichts dieser
Quote hätten die
Kosten-Einsparunge
n für die Behörden
in den vergangenen

fünf Jahren für die
bisherigen Hartz
IV-Klagen in erster
Instanz rund
hundert Millionen
Euro betragen, so
Vallenthin. „Die
weitergeführten
Klagen vor den
Landessozialgerichte

n sowie dem
Bundessozialgericht,
dürften hier noch
einmal mit
beträchtlichen
Millionenbeträgen zu
Buche schlagen.“

Trotz der
Kostenbefreiung
seien die nach
Erkenntnissen der
Hartz4-Plattform
größtenteils
mutwillig
provozierten Hartz
IV-Klagen äußerst

kostspielig für die
Sozialbehörden.

Jedoch laden die
Ämter laden diese
Kosten auf dem
Rücken der
Steuerzahler ab.

Würde die
Kostenbefreiung für

die Sozialbehörden
wieder aufgehoben
– so wie es jetzt die
Justizministerkonfer
enz anstrebt - und
hätten die Ämter die
Gerichts-Kosten-Ver
antwortung selber
zu tragen, so würde

der Klageflut
blitzschnell die
Ebbe folgen,“
erwartet Brigitte
Vallenthin.

„Wir unterstützen

deshalb
ausdrücklich die
entsprechende
Anregung der
Präsidentin des
Berliner
Sozialgerichts,
Sabine Schudoma,
vom Januar diesen

Jahres, die jetzt mit
einstimmigem
Beschluss für einen
konkreten
Gesetzesvorschlag
durch die
Justizministerkonfe-
renz bestätigt
wurde“, so

Vallenthin für die Hartz4-Plattform.

- □ □ **Geringere**
Hartz
IV-Ausgaben des
Bundes

Für die
„Grundsicherung
für
Arbeitsuchende“
wurden vom Bund
in den ersten vier
Monaten des
laufenden

Haushaltsjahres
(2011) 18,2
Prozent weniger
ausgegeben als in
den ersten vier
Monaten des
Haushaltsjahres
2010. Die

Ausgaben für das
Arbeitslosengeld
II, der größte Teil
der Hartz
IV-Ausgaben des
Bundes, lagen
sogar 24,2
Prozent unter den

Ausgaben im
entsprechenden
Vorjahreszeitraum
. Dies geht aus
dem heute (20.
Mai 2011)
veröffentlichten
Monatsbericht des

Bundesministerium
ms der Finanzen
(BMF) hervor.

Der ganze Beitrag
auf „gegen-hartz.
de“: Geringere

Hartz IV

Ausgaben

- □ □ **Hartz IV:** **Klageflut und** **Sanktionen**

Katja Kipping,
stellvertretende
Vorsitzende der
Linken, erklärt
zu den
Planungen der
Justizminister

der Länder zur
Eindämmung
der Klageflut im
Rahmen der
Hartz
IV-Gesetze: Die
so genannte
Klageflut bei

Hartz IV ist
Ausdruck eines
Gesetzes, was
Armut und
Ausgrenzung
verursacht, nicht
verfassungskonf
orm und

außerdem auch
handwerklicher
Pfuscher ist.

Darüber hinaus
werden

massenhaft
rechtswidrige
Bescheide von
den
Hartz-IV-Behör-
den ausgestellt.
2010 wurden

34,6 Prozent
der
Widersprüche
zumindest
teilweise
zugunsten der
Hartz-IV-Bezieh

enden
entschieden.
45,3 Prozent
der Klagen
waren ein Erfolg
für die
Klägerinnen

und Kläger mit
Hartz-IV-Bezug.
Bei
Widersprüchen
gegen die
Sanktionen bei
Hartz IV wurden

42,1 Prozent
zumindest
teilweise
zugunsten der
Hartz-IV-Bezieh
enden
entschieden.

Klagen gegen
die Sanktionen
bei Hartz IV
waren sogar zu
60 Prozent für

die Betroffenen
erfolgreich. Die
Klageflut bei
Hartz IV ist nur
zu stoppen,
wenn Hartz IV
abgeschafft

wird.
Sanktionen
sind
grundrechtswidrig und gehören
sofort komplett
gestrichen. Das

entlastet
Gerichte und
schützt
Bedürftige vor
existenziellen
Gefährdungen.

- □ □

Woche des Grundeinkom mens

Wie jedes
Jahr findet
auch 2011
wieder die
Woche des
Grundeinkom
mens in der

38.

Kalenderwoch
e (19. – 25.

September.20
11) statt.

Aufgerufen
haben dazu

die
deutschsprach
igen
Grundeinkom
mensnetzwerk
e aus
Deutschland,

Österreich,
der Schweiz,
Luxemburg
und
Italien/Südtirol
sowie
Attac-Gruppier

ungen aus
Deutschland
und
Österreich.
Die soziale
Spaltung in
Europa müsse

überwunden
werden, die
Mindestsicher
ungspolitik sei
gescheitert, so
die
Aufrufenden.

[...]

Der ganze
Beitrag auf Ne
tzwerk

Grundeinkom

men: Aufruf

zur 4.

Internationale

n Woche des

Grundeinkom

mens

[...] Europa ist

gespalten:
Einer
wachsenden
Zahl von
Menschen
sind selbst die
grundlegende

n Bedürfnisse
verwehrt. Eine
Teilhabe am
politischen.
sozialen und
kulturellen
Leben ist nicht

möglich. Die
ungleiche
Verteilung ist
ein
wachsendes
Problem. Die
Regierungen

beschränken
sich vielfach
auf
Mindestsicher
ungspolitik.
Die zum
Einsatz

kommenden
Modelle sind
weder Armut
bekämpfend,
noch Teilhabe
sichernd und
vielfach

diskriminieren
d,
stigmatisieren
d und
repressiv. [...]

Zum Aufruf: W
oche des
Grundeinkom
mens

- □ □

Arbeitsfetisc h

"Der Arbeit
ihren Wert
geben"
(Quellen:

SPD, FAZ),
unter diesem
Titel
veröffentlicht
en der
SPD-Vorsitze

nde Sigmar
Gabriel und
der
DGB-Vorsitze
nde Michael
Sommer

ihren Beitrag
zum Tag der
Arbeit am 1.
Mai. [...] Mit
der
Zuspitzung

darauf, das in
Rede
stehende
Gemeinwesen
n als
“Arbeitsgesell

schaft” zu
bezeichnen,
ist an dem
Beitrag nichts
mehr zu
retten. Keine

Rede von der bedingungslo sen Verleihung der Bürgerrechte,

der
Volkssouverä
nität und all
dem
Engagement,
das ohne

Orientierung
an
Einkommens
erzielung
erfolgt.

Keine Rede
davon, dass
es gerade
nicht die

Erwerbsarbeit
ist, also die
Leistung für
Gegenleistung,
die ein
Gemeinwesen

n
zusammenhän
gt, sondern
die
bedingungslo
se

Bereitschaft
sich zum
Wohle des
Ganzen
einzubringen,
damit es sich

erhalten

kann, weil es

einen

eigenen Wert

hat.

Bürgerrechte

sind eben
keine
Erwerbstätige
nrechte –
doch ein
solcher

Gedanke
scheint den
Verfassern
des Beitrags
noch nie
durch den

Kopf
gegangen zu
sein.

Der gesamte
Beitrag von S
ascha
Liebermann
auf "Freiheit
statt

Vollbeschäfti

gung":

Deutschland,

eine

Arbeitsgesell

schaft oder

eine

Bürgergemei

nschaft?

- □ □ Der

Arbeitsfetis

ch und sein

Nützlichkeit

crassismus

- □ □

Anonymous
zu
Medienprop
aganda und
dem

Polizeiüber griff auf Piratenserv er

[...]
SpiegelOnline
berichtetete
am 20. Mai,

dass eine
Gruppe von
Anonymous
gezielt ein
Atomkraftwe
rk angreifen

wollte und
die Polizei
die Server
abschalten
musste, um
diesen

Terroranschlag zu verhindern.
Welt und TAZ folgten mit

ähnlichen
Artikeln. Wir
verachten
diese
gezielte
Verbreitung

von
Desinformati
on zutiefst,
jedoch ist es
nicht unser
Ziel die

Pressefreihei
t
einzuschränk
en, vielmehr
möchten wir
Kritikern

genauere
Antworten
liefern.

Anonymous
hat am 18.
April im
Rahmen von
OperationGr
eenrights

lediglich die
Webpräsenz
von EDF mit
einer
Distributed-
Denial-of-Service

reverse Attacke
angegriffen,
dabei ist es
unmöglich
die Kontrolle
über ein

Atomkraftwe
rk zu
übernehmen
oder ihm
einen
Schaden

jeglicher Art
zuzufügen.

Ferner
widerspricht
es dem
gesunden

Menschenver
rstand,
anzunehmen
, dass die
hochkritisch
e

Infrastruktur
mit einer
direkten
Verbindung
zum Internet
betrieben

wird.

[...] Die
deutsche

Polizei hat
wegen einer
vergangene
n
Protestaktio
n gegen die

Website
eines
Energiekon
zerns, eine
demokratische
Partei

kurz vor den
Wahlen
lahmgelegt,
die
demokratische
he

Bewegung der Bürger in Spanien behindert und Anonymous-

Operationen
gegen
Regime im
mittleren
Osten
gestört. [...]

Zur
kompletten
Mitteilung
von
Anonymous
und zum

Video auf Yo

uTube:

Stellungnah

me zu

Servergate

&

Polizeiangriff

e

- □ □

**Plagiatsjäg
er dehnen
Untersuch
ungen aus**

[...] Jetzt
gibt es
neben dem
Wiki von Vr

oniPlag

und

GuttenPlag

noch die

Plagiatsjäger

r vom

Doktorarbeit en-Domino

. Die Ziele
sind klar.

Auch hier
soll

überprüft
werden,
welcher
Politiker
sich in
seiner

Promotion
zu viel
fremdes
Material
ohne
Angabe der

Quellen
angeeignet
hat.

Nach
Karl-Theodo
r zu
Guttenberg,
Silvana
Koch-Mehri

n und
Veronica
Saß soll der
Dominoeffe
kt der
Abschreiber

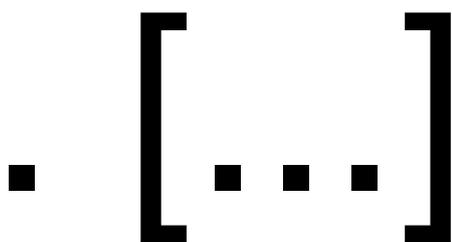
nicht zum
Stillstand
kommen.
Neben
Mitgliedern
des

Bundestage
s sollen hier
auch
Doktorarbeit
en der
deutschen

Mitglieder
des
Europaparla
ments unter
die Lupe
genommen

werden. Im
Chat kam
bereits die
Forderung
auf, man
möge doch

auch die
Landtagsab
geordneten
mit ins
Verfahren
einbeziehen



Der ganze
Artikel auf gulli.de:
[Doktorarbeit](#)
[en-Domino](#)
[untersucht](#)

65

Dokortitel

von

Spitzenpoliti

kern

- □ □

Frozen Flash Mob in Konstanz

- □ □ Mal

wieder

kein

Weltunter

gang

Die
Entrückung
ist eine in

Deutschland
kaum
bekannte
Vorstellung
, nach der

Jesus vor
seiner
Wiederkehr
t den dafür
würdigen

Bevölkerung
steil direkt
in den
Himmel
auffahren

lässt. [...]

Einige

Religionsfü

hrer, wie

etwa

Harold
Camping,
der
Präsident
des Family

Radio
Christian
Network,
ließen den
Termin der

Entrückung
nicht offen,
sondern
nannten
ihren

Anhängern

einen

Zeitpunkt

dafür. [...]

Gestern

liefe

Campings

landesweit

heiß

debattierter

Termin ab,
ohne dass
es
Nachweise
über

Himmelfahrt
in
größem
Ausmaß
gegeben

hätte. [...]

Der ganze
Artikel auf
Telepolis:
Entrückun
g blieb

auch

gestern

aus

{jcomments
on}